

**Stadt Bergisch Gladbach**  
**Der Bürgermeister**

Datum  
**29.06.2012**  
Ausschussbetreuender Fachbereich  
**Zentraler Dienst 6-10**  
Schriftführung  
Friedhelm Assmann  
Telefon-Nr.  
**02202-141428**

## **Niederschrift**

**Planungsausschuss**  
**Sitzung am Donnerstag, 19.04.2012**

Sitzungsort

**Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach**

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

**17:00 Uhr - 17:47 Uhr**

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

**Sitzungsteilnehmer**  
Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

### **Tagesordnung**

- A**     **Öffentlicher Teil**
- 1**     **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
  - 2**     **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
  - 3**     **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Planungsausschusses am 15.03.2012**  
*0134/2012*
  - 4**     **Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**
  - 5**     **Mitteilungen des Bürgermeisters**
  - 6**     **Verkehrsplanung Östliche Stadtmitte**  
**- Grundsatzbeschluss zum Umbau des Verkehrsknotens Odenthaler Straße /**

**Hauptstraße**

*0167/2012*

- 7 **Bebauungsplan Nr. 1161 - Odenthaler Markweg - 1. Änderung  
- Beschluss zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung**  
*0168/2012*
- 8 **Bebauungsplan Nr. 5434 - Landschaftsverband -  
- Beschluss zur erneuten öffentlichen Auslegung**  
*0169/2012*
- 9 **Anfragen der Ausschussmitglieder**

## Protokollierung

### A Öffentlicher Teil

#### 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende, Herr Sprenger, eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einladung und die Beschlussfähigkeit des Planungsausschusses fest.

#### 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Die Niederschrift wird genehmigt.

#### 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Planungsausschusses am 15.03.2012 0134/2012

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zustimmend zur Kenntnis.

#### 4. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Keine

#### 5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Keine

**6. Verkehrsplanung Östliche Stadtmitte  
- Grundsatzbeschluss zum Umbau des Verkehrsknotens Odenthaler Straße /  
Hauptstraße  
0167/2012**

Herr Neu erklärt, dass die SPD Fraktion noch Beratungsbedarf habe und daher eine Vertagung dieses Punktes beantrage.

Herr Dr. Metten teilt mit, dass die CDU Fraktion einer Vertagung zustimmen werde. Nach derzeitigem Diskussionsstand innerhalb der Fraktion werde ein „lichtsignalgeregelter Verkehrsknoten“ favorisiert. Allerdings hält es Herr Dr. Metten noch für erforderlich, dass die Kosten der beiden Alternativen mit und ohne Erhalt des „Waatsacks“ genau untersucht und detailliert dargestellt werden. Darüber hinaus wäre es für die weitere Diskussion förderlich, wenn die Kosten des Stadtboulevards abschnittsweise aufgeschlüsselt werden. Entsprechend des Beratungsergebnisses der gestrigen Sitzung des AUKV solle noch einmal (ohne eine Ergebnis verfälschende Baustelle) getestet werden, welche Auswirkungen eine Einbahnstraßenregelung „Am Mühlenberg/Vollmühlenweg“ habe.

Frau Graner macht deutlich, dass die FDP Fraktion eine Kreisellösung seit jeher für unpraktikabel gehalten habe. Man fühle sich daher durch die Gutachten bestätigt. Auch die FDP Fraktion werde dem Vertagungsantrag zustimmen. Sie schließt sich dem Wunsch der CDU Fraktion an, die Auswirkungen einer Einbeziehung der Straßen „Am Mühlenberg/Vollmühlenweg“ in die Verkehrsplanung genauer zu untersuchen.

Auch Herr Steinbüchel erklärt sich einverstanden mit einer Vertagung. Er macht deutlich, dass die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN derzeit einen „lichtsignalgeregelten Verkehrsknoten“ favorisiere. Er bittet um Prüfung, welche Kostensituation sich ergeben würde, wenn anstelle des „Waatsack“ die gegenüber liegende Mauer abgerissen werde. Des Weiteren teilt Herr Steinbüchel mit, dass man der Einbahnstraßenregelung „Am Mühlberg/Vollmühlenweg“ positiv gegenüber stehe.

Nach Ausführungen von Herrn Schmickler habe jede Fraktion das Recht, sich vor der Abstimmung über eine Vertagung ein Mal zur Sache zu äußern.

Herr Sprenger bittet die Fraktionen, ihre Wünsche, Fragen und Anregungen möglichst schriftlich bei der Verwaltung einzureichen.

Herr Dlugosch erklärt, dass auch die Fraktion DIE LINKE./BfBB den „lichtsignalgeregelten Verkehrsknoten mit Linksabbiegespur“ bevorzuge, wobei neue verkehrsregelnde Maßnahmen im Bereich der Straßen „Am Mühlenberg/Vollmühlenweg“ auf jeden Fall in die weiteren Überlegungen eingeschlossen werden sollten.

Der Ausschuss fasst sodann folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Die Beschlussfassungen zum Umbau des Verkehrsknotens Odenthaler Straße/Hauptstraße werden vertagt.

7. **Bebauungsplan Nr. 1161 - Odenthaler Markweg - 1. Änderung**  
**- Beschluss zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung**  
*0168/2012*

Herr Dlugosch lehnt die Änderung des Bebauungsplanes ab, da seiner Ansicht nach lediglich Einzelinteressen verfolgt werden.

Herr Dr. Metten stellt demgegenüber klar, dass sehr wohl ein öffentliches Interesse an der Bebauungsplanänderung bestehe.

Der Ausschuss fasst sodann folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE./BfBB)

Der Planungsausschuss beauftragt die Verwaltung für den Bebauungsplan Nr. 1161 - Odenthaler Markweg - 1. Änderung die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch mittels Aushang durchzuführen.

8. **Bebauungsplan Nr. 5434 - Landschaftsverband -**  
**- Beschluss zur erneuten öffentlichen Auslegung**  
*0169/2012*

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Entwurf des Bebauungsplans Nr. 5434 - Landschaftsverband - ist unter Beifügung seiner Begründung und den bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen erneut gem. § 4a Abs. 3 BauGB auszulegen. Stellungnahmen sind nur zu den geänderten bzw. zu den ergänzten Teilen abzugeben.

Die Dauer der Auslegung ist auf 14 Tage zu verkürzen.

9. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Herr Neu kritisiert, dass die Ergebnisse des Gutachtens zur geplanten Gewerbegebietserweiterung Lustheide noch vor Bekanntgabe an die Stadtverordneten in der Zeitung veröffentlicht wurden.

Herr Schmickler verweist auf die nachvollziehbare Absicht, den Gutachtern selbst Gelegenheit zu geben, ihre Ergebnisse vorzustellen. Damit sollte eine unqualifizierte Weitergabe der Informationen durch Dritte vermieden werden. Es ließ sich daher bedauerlicherweise nicht vermeiden, dass die Fraktionen (am gleichen Tag) und die Bürgerinitiative erst nach der Pressemitteilung informiert wurden.

Auf Anfrage von Herrn Dr. Metten teilt Herr Schmickler mit, dass alle Beteiligten sehr bestrebt seien, die Beeinträchtigungen durch die Straßenbaumaßnahme im Bereich der Bensberger Straße zu minimieren, die Leistungsfähigkeit weitgehend zu erhalten und die Bauphase möglichst kurz zu halten.

Herr Steinbüchel verweist auf unterschiedlich lange Zeiträume zwischen den Aufstellungsbeschlüssen zu Bebauungsplänen und deren Umsetzung.

Herr Schmickler macht deutlich, dass sich die Priorisierung im Einzelfall aus den verschiedenen Verfahren oder auch aus den Beschlüssen selbst ergebe. So gebe es „Vorsorgebeschlüsse“, die erst dann umgesetzt werden müssen, wenn der eigentlich Grund der Aufstellung tatsächlich eingetreten sei.

Auf Anfrage von Herrn Dr. Bernhauser nach einem Zeitcontrolling bei Straßenbaumaßnahmen erklärt Herr Schmickler, dass die Stadt oftmals nicht „Herr des Verfahrens“ sei. So seien oftmals Abhängigkeiten von Versorgungsunternehmen gegeben oder man stellt während der Bauphase fest, dass Bestandspläne unterirdischer Leitungen fehlerhaft seien. In solchen Fällen seien Verzögerungen oftmals unvermeidlich. Dennoch arbeite man verstärkt an einem optimierten Zeitcontrolling.

Auf Anfrage von Herrn Kraus zum Sachstand „Bahndamm“ führt Herr Schmickler aus, dass die Landesregierung bedauerlicherweise beschlossen habe, lediglich die Planungen für den ersten Abschnitt (Kreispolizeibehörde bis Opel Gieraths) des Autobahnzubringers weiter zu verfolgen.

Herr Schmickler verneint die Anfrage von Herrn Dr. Baeumle-Courth, ob in dieser Planungsphase indirekte Kosten bei der Stadt Bergisch Gladbach entstehen.

Herr Dlugosch und auch Herr Kraus wundern sich über die prognostizierte Bauzeit für die Umgestaltung der Fußgängerzone Bergisch Gladbach.

Frau Müller-Veit macht deutlich, dass man sich zurzeit im vorgegebenen Zeitrahmen bewege. Es sei Ziel, die Hauptachse (Driescher Kreuz bis Konrad-Adenauer-Platz) bis zum Weihnachtsgeschäft 2012 fertig zu stellen und im Frühjahr 2013 die Seitenarme der Hauptstraße incl. Bahnhofsumfeld in Angriff zu nehmen. Es sei damit zu rechnen, die Maßnahme in der zweiten Jahreshälfte 2013 abschließen zu können.

Bezug nehmend auf einen von Frau Bilo zitierten Bericht am 18.04.2012 in der „Aktuellen Stunde“ zu den Straßenschäden Obereschbach erklärt Herr Schmickler, dass erst in dieser Woche Probebohrungen vor Ort vorgenommen wurden. Es sei vorgesehen, die entsprechenden Ergebnisse am 20.04.2012 unter allen Beteiligten zu diskutieren und auszuwerten. Die Berichterstattung über etwaige Gutachten im Fernsehen sei daher verfrüht.

Herr Sprenger schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 17:40 Uhr.